Abendausgabe

Nr. 572
B 283
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, im voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

*

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
3. Dezember 1927

10 Pfennig

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Einigung im Eisenbahnerstreik.

Keine Maßregelungen. — Wiederaufnahme der Arbeit.

Dresden, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen zur Beilegung des Eisenbahnerstreiks begannen gestern abend 9 Uhr. Die Grundlage der Verhandlungen bildeten die drei Forderungen des Einheitsverbandes der Eisenbahner:

1. Keine Maßregelungen. 2. kein Lohnabzug. 3. Wiedereinstellung sämtlicher Arbeiter.

Zunächst wurde der große Komplex des Streiks aufgerollt. Der Vertreter der Reichsbahndirektion entgegnete, daß diese es nicht dulden könne, wenn sie auf ihrem eigenen Grund und Boden in Betriebsversammlungen angegriffen würde. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen dagegen auf die berechtigte Erregung des Personals hin. In solchen Augenblicken könne nicht jedes Wort auf die Goldwage gelegt werden. Von den Vertretern der Reichsbahndirektion wurde dann geltend gemacht, daß das Ausbesserungswerk unwirtschaftlich arbeite, deshalb Entlassungen vorgenommen werden müßten.

Die Vertreter der Hauptverwaltung griffen hier ein. Entlassungen dürfen nicht vorgenommen werden. Soweit keine Beschäftigung vorhanden sei, würden die Arbeiter anderwärts untergebracht werden. Durch diese Erklärung trat eine wesentliche Entspannung ein. Die Verhandlungen wurden um zwei Uhr morgens unterbrochen und auf heute vormittag 10 Uhr vertagt.

Diese Verhandlungen führten heute zu einer Einigung. Unter Voranstellung der Interessen der deutschen Wirtschaft ist die Wiederaufnahme des Betriebes vereinbart worden. Da entgegen falschen Presseberichten Sabotageakte nicht vorgekommen sind, entfallen auch alle Maßregelungen. In weiteren Verhandlungen werden die noch offenen Fragen der Nationalisierung, der ordnungsmäßigen Durchführung der Gedingearbeit u. a. m. geregelt werden. Auf Grund dieses Ergebnisses ist ein Eingreifen des Landesschlichters nicht mehr erforderlich. Die Solidarität der Eisenbahner hat über die eugstirnige und tarifwidrige Aktion der Reichsbahndirektion einen vollen Erfolg errungen.

Genfer Verhandlungsmanöver

Der Kampf um die nächste Tagung.

V. Sch. **Genf**, 3. Dezember.

Die Schlußsitzung der Abrüstungskommission brachte den erwarteten Großkampf um die Einberufungstermine der nächsten Tagung des Sicherheitskomitees und der Abrüstungskommission. Benesch als Berichterstatter des Sicherheitskomitees schlug den 20. Februar als Datum für das Zusammentreten des Sicherheitskomitees vor, ohne zugleich einen bestimmten Vorschlag für die Abrüstungskommission zu unterbreiten.

Hier erfolgte nun der Vorstoß der Russen, die wieder vollzählig erschienen waren. Litwinow unterbreitete eine Resolution, die besagt, daß die Arbeit des Sicherheitskomitees zu kompliziert und an sich zu langsam sei, daß die Sicherheitsgarantie in der Abrüstung selbst liege und daß infolgedessen eine schnelle Einberufung der 5. Tagung der Abrüstungskommission unabhängig vom Sicherheitskomitee möglich und notwendig sei. Litwinow schlug als Termin den 10. Januar vor.

Graf Bernstorff erklärte sich mit dem Vorschlag der Russen an sich einverstanden, ohne sich jedoch mit dem Teil ihrer Resolution solidarisch zu erklären, der den Wert der Arbeiten des Sicherheitskomitees grundsätzlich verneint, denn die Notwendigkeit dieser Arbeiten sei in der Septemberresolution der Völkerbundsversammlung festgelegt worden, der auch Deutschland zugestimmt habe. Da Bernstorff einen eigenen Zusatzantrag in Aussicht stellte, wurde die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme erklärte sich Bernstorff für den nächstmöglichen Termin, ohne allerdings selbst ein Datum zu nennen.

Es folgte dann stellenweise eine recht scharfe Diskussion, an der zunächst n. Benesch, Chyhendun und der schwedische Vertreter Hennings teilnahmen, um für den 20. Februar als Einberufungstermin für das Sicherheitskomitee einzutreten, während Bernstorff die Möglichkeit einer früheren Tagung der Abrüstungskommission nochmals betonte.

Sozialistische Einheitsfront.

Gemeinsamer Kongreß in der Tschechoslowakei.

Prag, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Parteivorstände der Tschechoslowakischen Arbeiterpartei und der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik haben in gemeinsamer Sitzung die Vorbereitungen für die Einberufung eines gemeinsamen Kongresses der sozialistischen Parteien begonnen. An dem Kongreß werden sich die tschechoslowakischen, deutschen, ungarischen, polnischen und karpathorussischen Genossen beteiligen. Der Kongreß soll im Januar 1928 in Prag stattfinden. Auf seiner Tagesordnung wird sich befinden die Frage des gemeinsamen Kampfes gegen die bürgerliche Reaktion in der Tschechoslowakei und insbesondere gegen die geplante Verschlechterung der Sozialversicherung.

Wahltaktik in Frankreich.

Paris, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Im „Populaire" veröffentlicht Leon Blum einen Artikel über die Haltung der sozialistischen Partei bei den nächsten Wahlen. In der Hauptwahl werde die sozialistische Partei mit eigenen Kandidaten für ihre eigene Partei werben. Was hingegen die Stichwahl betrifft, so werde der Parteitag sich wohl nicht für ein Bündnis mit den Radikalen auf der einen Seite, noch mit den Kommunisten auf der anderen Seite entscheiden können. Ein Grundsatz, nach dem sich die Parteiorganisationen bei der zweiten Wahl verhalten sollte, könne darin gefunden werden, daß die sozialistische Partei die günstigsten Bedingungen für die Arbeiterschaft zu erlangen suche. Dieser Grundsatz werde sich am besten durchführen lassen, wenn die Partei ihre Kräfte bei der zweiten Wahl darauf konzentrieren werde, den reaktionären Kandidaten auszuschalten.

Der neue Fall Keudell.

Heute Antwort Marx' an Braun.

Im Laufe des heutigen Tages wird dem preußischen Ministerpräsidenten die Antwort des Reichskanzlers auf den bekannten Brief zugestellt werden, worin Preußen mit Abbruch der Beziehungen zum Reichsinnenminister v. Keudell gedroht hat, wenn er noch weiter öffentlich — statt auf dem ressortmäßigen Wege — die preußische Regierungspolitik in scharfer Form angreife. Das Antwortschreiben des Reichskanzlers wird erst veröffentlicht werden, wenn das preußische Staatsministerium ausreichend Zeit gehabt hat, sich mit dieser Antwort zu beschäftigen.

*

Reichskanzler Marx wird heute nachmittag, 3 Uhr, im Reichstag eine Interpellation der Deutschnationalen über die Zustände im besetzten Gebiet beantworten.

KPD.-Abgeordnete als Polizeispitzel?

Eine geheimnisvolle Angelegenheit: Ein holländischer Paß und eine vereitelte Rußlandreise.

Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags wurde heute vormittag folgende überaus geheimnisvolle Angelegenheit, die auf den inneren Kampf im Kommunismus scharfe Schlaglichter wirft, zur Sprache gebracht:

Im Februar des Jahres 1926 wollte der Reichstagsabgeordnete Urbahns, der damals noch nicht aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen war, sich nach Moskau zu dem dort tagenden Kongreß der 3. Internationale begeben. Da Urbahns noch eine sechsjährige Festungshaft zu verbüßen hatte, konnte er einen ordnungsmäßigen Paß nicht erhalten. Er wandte sich infolgedessen an die Berliner Kommunistische Parteizentrale, von der er einen holländischen Paß auf den Namen Peter Kuiper erhielt. Mit diesem Paß wollte er über Eydtkuhnen nach Moskau reisen.

Von der ganzen Angelegenheit wußten nach der im Ausschuß gegebenen Darstellung, die sich auf Angaben des Abg. Urbahns stützt, nur drei Personen, davon eine, für die er sich unbedingt verbürgen will, und außerdem zwei kommunistische Abgeordnete, die heute noch in der Kommunistischen Partei an führender Stelle stehen.

Ganz kurze Zeit, nachdem Urbahns den holländischen Paß erhalten hatte, noch am selben Tage, wurde in der Abteilung I A des Berliner Polizeipräsidiums angeklingelt, und ein Mann, der seinen Namen nicht nennen wollte, teilte dem diensttuenden Beamten mit, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Urbahns im Begriffe sei, mit einem holländischen Paß, der auf den Namen Peter Kuiper laute, über Eydtkuhnen nach Moskau zu reisen. Infolge dieser anonymen Angabe wurde sofort an die Grenzpolizei nach Eydtkuhnen telegraphiert, daß der Inhaber des auf den Namen Peter Kuiper lautenden Passes festzustellen und nicht durchzulassen sei.

Urbahns wurde auch richtig aus dem Zuge herausgeholt und nach Deutschland zurückgeschickt. Später wurde er wegen Paßvergehen zu 500 M. Geldstrafe verurteilt, die er nun, da die Geldstrafe nicht einziehbar ist, absitzen soll.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hat jedoch den Antrag auf Strafverbüßung heute abgelehnt. Er hat ebenso nach einem Bericht des Abg. Landsberg (Soz.) die Verhaftung jener sechs kommunistischen Reichstagsabgeordneten abgelehnt, die vor einigen Wochen zum großen Zentralprozeß vor das Reichsgericht geladen, aber nicht erschienen waren.

*

Die Paßangelegenheit des Abgeordneten Urbahns bedarf noch der näheren Aufklärung. Wenn man Urbahns Glauben schenken wollte, so müßte man annehmen, daß eine maßgebende Person der KPD.-Zentrale die Reise des damals schon oppositionellen Urbahns nach Moskau verhindern wollte und darum freiwillige unerbetene Spitzeldienste für die Polizei geliefert hat.

Urbahns an Thälmann.

In der „Fahne des Kommunismus" veröffentlicht der Reichstagsabgeordnete Urbahns folgende Erklärung:

„Auf dem Berliner Bezirksparteitag hat der Vorsitzende der KPD. Thälmann wider besseres Wissen die Behauptung aufgestellt, ich hätte während des Hamburger Aufstandes 1923 „in den Betten" gelegen. Das hat wohl heißen sollen, ich hätte mich während des Kampfes feige gedrückt. Ich würde diese Verleumdungen unbeachtet lassen, weil sie von — Thälmann kommen, wenn nicht solche persönliche Verunglimpfungen seitens der Zentrale völlig an Stelle der politischen Auseinandersetzungen mit der Opposition treten würden. Nur um diese Kampfweise zu kennzeichnen, bemerke ich folgendes:

Ich frage: Wie war es möglich, daß trotz meiner „Feigheit" Dutzende von Organisationen des RFB., der Roten Hilfe (Mopr) in Deutschland und Rußland mich, den „Drückeberger" von 1923,

zum Ehrenmitglied, Ehrenvorsitzenden und was weiß ich sonst noch, ernannten?

Wie konnte Thälmann, seit 1924 Vorsitzender der KPD., so etwas zulassen? Warum hat er mich nicht auch, wie seinen jetzigen Kollegen aus dem Politbureau, vor ein Arbeiter-„Kriegsgericht" gestellt? Mich hätte er nicht wie jenen Helden

wegen „schwacher Nerven" freisprechen

brauchen. War Thälmann etwa mal wieder irgendwie „vergewaltigt"? Oder wie kam es sonst, daß er die „Feigheit" an mir erst entdeckte, als ich seinen Verrat an der Linken nicht mitmachte, sondern zur Opposition ging? Nun, Thälmann weiß nur zu gut, daß er auf dem Berliner Bezirksparteitag gelogen hat. Er weiß auch sehr gut, daß es ein Leichtes wäre, seine Lügen dadurch zu entkräftigen, daß ich unter Zeit- und Namenangabe der Oeffentlichkeit bekannt gebe, wie, wo, wann und mit wem zusammen ich mich während der Hamburger Aufstandstage betätigt habe. Er weiß aber auch, daß die Namennennung dem Staatsanwalt Material liefern würde, und er wagt seine Verleumdungen nur deshalb auszusprechen, weil er genau weiß, daß ich dem Staatsanwalt selbst

Lumpen, die es nicht besser verdient hätten,

nicht nennen werde. Er verleumdet also unter dem Schutze des Staatsanwalts. Oder will er mich etwa nur provozieren, um mich später einen „Denunzianten" nennen zu können? Thälmann und weitere Mitglieder der KPD. brauchen nur die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen, öffentlich in der „Roten Fahne", ich bin gern bereit, mich mit ihnen über den Oktober 1923 auseinanderzusetzen. Sollten sie diese Verantwortung nicht übernehmen, dafür aber unter dem Schutze des Staatsanwalts weiter verleumden, dann überlasse ich das Urteil über dieses lumpenhafte Verhalten gern der Arbeiterschaft"

*

In demselben Blatt erläßt die Reichsleitung der linken Kommunisten einen offenen Brief an die KPD., in dem diese aufge-

forchert wird, in reaktionären Versammlungen ebenso „mutig“ mit Sprengungen vorzugehen wie in linkskommunistischen. Zum Schluß heißt es:

„Wir sehen wahrhaftig in der Versammlungssprengerei kein besonders überzeugendes Kampfmittel. Wir sind ganz und gar dagegen, daß man in Arbeiterversammlungen Keilereien und Sprengungen an die Stelle sachlicher Auseinandersetzungen treten läßt. Die Spitzen von KPD. und RFB. tun so, als seien sie anderer Ansicht. Nun wohl, so werden wir, nur um Schulter an Schulter bei den jetzt allein von dieser „Führung“ veranstalteten „revolutionären“ Taten dieser „Führung“ dabei zu sein, sofort und überallhin mit ihr gehen, um in gegnerischen Versammlungen das zu leisten, was in unseren Versammlungen wir uns seitens des ZK. nicht mehr werden gefallen lassen.

Wir erklären aber: Läßt ZK. der KPD. und Bundesleitung des RFB. uns ohne konkrete Antwort auf dieses unser Angebot, oder werden diese Instanzen versuchen, mit windigen Ausflüchten sich von einer Antwort zu drücken, so werden wir sie nicht nur als elende Feiglinge brandmarken, die nur gegen linksgestimmte Arbeiter, und auch das nur in der Uebermacht, ihren „Mut“ beweisen, sondern wir werden noch mehr als bisher alle Kräfte einsetzen, um Partei und RFB. von diesen politisch bankrotten und in jeder Beziehung feigen „Führern“ zu befreien, die den Kommunismus tagtäglich kompromittieren und Arbeiterversammlungen zu Tumultplätzen andersgesinnter Rowdys machen wollen.“

„Scham und Ekel.“

Deutschnationale Sittenwächter.

In einer Anfrage des deutschnationalen Abg. Winkler an die preußische Regierung heißt es u. a.:

„Scham und Ekel müssen jeden ehrenhaft denkenden Deutschen und Preußen erfüllen, wenn er der Feststellung gegenübersteht, daß Schlageter, Sadowski und Becker an unsere Feinde von sogenannten Deutschen verraten worden sind. Unerträglich ist der weit über die Grenzen des besetzten Gebietes hinaus verbreitete Verdacht, daß die preußische Polizei an der Auslieferung von Schlageter, Sadowski und Becker an die Franzosen mitschuldig ist.“

„Scham und Ekel“ — steigen normalen Menschen nur auf angesichts der Heuchelei, die in dieser Behauptung liegt. Die „sogenannten Deutschen“, von denen die Anfrage spricht, waren Roßbach-Leute, also aus dem Holze der „nationalkommunistischen Haufen“ geschnitzt, die die Schwarze Reichswehr bildeten, und bis heute den Schutz gerade deutschnationaler Parlamentarier fanden. Die preußische Polizei und vor allem Severing mit diesen Burschen in Verbindung zu bringen, ist schon mehr, als „Scham und Ekel“ erregend, es ist deutschnational!

Verschleppung der Besoldungsreform?

Vorstoß des Zentrums.

Wie wir aus Reichstagskreisen erfahren, hat das Zentrum die Absicht erkennen lassen, das Inkrafttreten der Besoldungsreform hinauszuzögern. Es geht mit dem Vorschlag um, von den Sätzen der Vorlage am 1. Januar 1828 nur 75 Proz. in Wirksamkeit treten zu lassen, das restliche Viertel aber erst am 1. April 1929!

Ob dieser Verschleppungsvorschlag bei den Blockparteien Gegenliebe findet, bleibt abzuwarten. Die Nähe der Reichstagswahl könnte im deutschnationalen und volksparteilichen Lager immerhin noch Bedenken gegen einen solchen Schritt auslösen.

Wegen Spionage für Deutschland verurteilt wurde in Königshütte ein polnischer Eisenbahnbeamter zu eineinhalb Jahren Gefängnis.

Die Rechte obstruiert im Landtag.

Trotzdem wird die Oeffentlichkeit des richterlichen Disziplinarverfahrens beschlossen.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung verlangten die kommunistischen Abgeordneten Pieck, Kilian und Möricke zur Geschäftsordnung wiederum die sofortige Besprechung der kommunistischen Anträge gegen die Verordnung des Wohlfahrtsministers über die weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. Da Abgeordnete der Rechtsparteien der Verhandlung dieses Gegenstandes widersprechen, werden die Anträge der Kommunisten nicht auf die Tagesordnung gesetzt.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein und überweist ohne Debatte eine Reihe von Anträgen an die zuständigen Ausschüsse.

Der Gesetzentwurf über die Oeffentlichkeit des Disziplinarverfahrens gegen richterliche Beamte wird nunmehr in dritter Lesung in einfacher Abstimmung angenommen. Bekanntlich hatten am Freitag die Deutschnationalen durch ihre Obstruktion bei diesem Entwurf das Haus zum zweiten Male beschlußunfähig gemacht. Die Deutschnationalen haben also ihren Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses für das Unterrichtswesen über die Uebersichten und Anträge, über die Zahl der stellenlosen Schulamtsbewerber. Der Berichterstatter Abg. König-Swinemünde (Soz.) weist darauf hin, daß nach der Statistik **noch über 30 000 Anwärter auf Anstellung warten.** Es sei nur möglich, sie durch Schaffung neuer Hilfslehrerstellen im Etat unterzubringen. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Die Abstimmung über die Erhöhung der Verwaltungsgebühren nach dem Antrag des Ausschusses für das Rechtswesen ergibt im Hammelsprung die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Der Präsident beruft auch sofort eine neue Sitzung mit dem Rest der Tagesordnung ein. Die Sitzung dauert an.

Stahlhelm und Volkspartei.

Seldte tritt aus der DVP. aus.

Stahlhelmführer und Likörfabrikant Seldte ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten, die er seinerzeit mitbegründet hat. Er behauptet, er wolle parteipolitisch frei sein. Die der Deutschen Volkspartei angehörigen Reichstagskandidaten, die, wie Abg. Kulenkampff, gleichzeitig Mitglieder des Stahlhelms sind, sollen bei den Wahlen weiter die Unterstützung der Organisation erfahren.

Der Stahlhelm ist, so erklärt Seldte, heute politisch geworden. Seinen Kampf gegen den Parlamentarismus beginnt er damit, daß er die „schwarzweißrote Einheitsfront“ fördert, wenn seine eigenen Leute auf den Kandidatenlisten stehen. Das Beispiel von Braunschweig hat jedoch schon gezeigt, wie die Wählermassen auf diese freundliche Unterstützung reagieren.

Stresemann und der sinkende Kahn.

Eine Rede in Nürnberg.

Nürnberg, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Auf der Reise nach Genf sprach am Freitag abend Außenminister Dr. Stresemann hier in einer Versammlung der Deutschen Volkspartei. Er bezeichnete es dabei als Unsinn, immer wieder zu erklären, mit den Sozialdemokraten könne man nicht zusammen in einem Kabinett sitzen. Nach Aufgabe des Ruhrwiderstandes seien diejenigen, die das heute behaupten, sehr froh gewesen, als die Sozialdemokraten in den gefährdeten Kahn stiegen und die schwere Verantwortung mittrugen. Der Außenminister wandte sich dann vor allem auch gegen die deutschnationale Presse, die von einer Versklavung Deutschlands spricht.

Freitod

des Redakteurs der Illustrierten Reichsbanner-Zeitung.

Magdeburg, 3. Dezember.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Polizeipräsident z. D. Gustav Krüger hat sich heute morgen um 9 Uhr in seiner Wohnung in Magdeburg erschossen. Es muß ein seelischer Zusammenbruch vorliegen, da irgendwelche Gründe zu einem Selbstmord nicht vorhanden sind.

Genosse Krüger stammte aus dem Buchdruckerberuf und war lange Jahre Arbeitersekretär in Magdeburg. 1919 wurde er zum Polizeipräsidenten ernannt. Eine kommunistisch-deutschnationale Hetze gegen ihn erregte seinerzeit großes Aufsehen. Er wurde zur Disposition gestellt und in einen langwierigen Disziplinarprozeß verwickelt, der allerdings mit seiner völligen Rehabilitierung endete. Seit Gründung des Reichsbanners war Krüger in dieser republikanischen Organisation sehr tätig. Er hat auch die „Illustrierte Reichsbanner-Zeitung“ gegründet, deren Hauptredakteur er bis zu seinem freiwilligen Tode geblieben ist.

Der Kappist und seine Pension.

Ehrhardt und der Reichswehrfiskus.

Vor dem Landgericht I fand heute morgen die vor kurzem vertagte Verhandlung über den Rechtsstreit zwischen dem Reichsfiskus und Kapitän Ehrhardt statt. Bekanntlich macht der Reichswehrfiskus sowohl Lüttwitz als Ehrhardt für den Schaden verantwortlich, der durch den Kapp-Putsch entstanden ist. Lüttwitz und Ehrhardt weigern sich aber, die Schadensersatzansprüche des Reichswehrfiskus anzuerkennen. Die Gerichtsverhandlung gegen Lüttwitz findet am 7. Dezember statt.

Der Reichswehrfiskus hat allerdings bei seinen Schadenersatzansprüchen, die 6½ Millionen Goldmark betragen, nur die rückständigen und in Zukunft fälligen Pensionen Ehrhardts im Auge, nicht die Einnahmen, die aus irgendeiner anderen Tätigkeit stammen. Aber auch diese Selbstbeschränkung des Reichswehrfiskus genügt Ehrhardt nicht. Er bestreitet überhaupt das Recht des Reichswehrfiskus, irgendwelche Schadenersatzansprüche ihm gegenüber geltend zu machen. Augenblicklich hält der Reichswehrfiskus ein Viertel seiner Pension zurück.

Der Vorsitzende versucht einen Vergleich herbeizuführen. Er redet dem Vertreter Ehrhardts, Rechtsanwalt Bloch, zu, letzterer möge sich mit einem mäßigen Abzug von seiner Pension einverstanden erklären. Rechtsanwalt Bloch will jedoch davon nichts hören. In erster Linie will er unter keinen Umständen mit den 9000 Mark „rückständiger Pension“ herausrücken. Nach langem Hin und Her erklärt der Vertreter des Reichswehrfiskus, Rechtsanwalt Mitzlaf, ein Vergleich wäre vielleicht auf der Grundlage möglich, daß entweder der Staat auf die rückständigen Pensionen verzichtet, dafür aber um so höher die Abzüge von den laufenden Pensionen bemißt oder daß der Reichswehrfiskus die rückständigen Pensionen behält, dafür aber die Abzüge von den laufenden Pensionen entsprechend niedriger hält.

Rechtsanwalt Bloch wendet demgegenüber ein, daß Ehrhardt außer der Pension überhaupt keine Einnahmequellen besitzt. Aus dem Vermögen seiner Frau habe er sich ein kleines Gut in der Nähe von Neu-Ruppin gekauft. Er sei somit auf seine Pension angewiesen.

Der Vorsitzende versucht nach wie vor einen Vergleich herbeizuführen und glaubt, daß dies im Interesse des Ehrhardt selbst sein würde. Denn wenn dieser auch glaube, daß er für die 6½ Millionen Goldmark nicht aufzukommen habe, die aus der höheren Besoldung der Truppen auf Lüttwitz' Befehl während des Kapp-Putsches entstanden seien, so könnte ja der Reichswehrfiskus seine Schadenersatzansprüche noch aus anderen Gründen geltend machen.

Da Rechtsanwalt Bloch anscheinend bereit ist, auf einen Vergleich einzugehen, bittet der Vertreter des Reichswehrfiskus um eine Vertagung der Verhandlung, da er bei seinem Mandatgeber über die Form des Vergleiches Rücksprache nehmen müsse.

Rechtsanwalt Dr. Bloch besteht jedoch darauf, daß verhandelt werde. Das Gericht trat deshalb in die Verhandlung ein.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums wählte den Abgeordneten v. Guérard zum ersten Vorsitzenden und die Abgg. Persitius und Stegerwald zu gleichberechtigten zweiten Vorsitzenden. Bisher hatte noch Reichskanzler Dr. Marx sein Amt als erster Fraktionsvorsitzender inne.

Bronx-Expreß.

Erstaufführung in den Kammerspielen.

Das sind die Juden von New York: mehr als anderthalb Millionen, die russische Pogrome und galizischer Hunger über den Atlantik schwemmen. Einer von ihnen, Chaskel, der Knopfmacher, lebt im New Yorker Ghetto. Von dort, von Frau und Kind, morgens weg in die Fabrik. Abends wieder heim. Am Schabbes zu koscherem Fisch und Barches. Warum kam Chaskel nach New York? Er hat die Stadt, die glücklich und reich ist, niemals gesehen. Er ist immer unter dem Broadway, wo es leuchtet und lockt, mit der Untergrundbahn durchgesaust. Sein Zug, der ihn vom Ghetto in die Fabrik brachte, der Bronx-Expreß, erlaubte ihm nicht, die Glücksstadt zu sehen. New-Yorker Ghetto, Singsang des Sabbathliedes, nicht viel verschieden von dem, was auch in Rußland und Polen war. Vielleicht manchmal noch ein bißchen mehr Not. Und da setzt dem Chaskel, während er in der vollgestopften Untergrund einen Umweg um den Broadway macht, Jankel, der Windhund, den Floh ins Ohr. Immer im Ghetto verkümmern, niemals den Broadway stürmen? Broadway, das bedeutet Millionen, Weiber, Chancen, die Welt auszukaufen, den Bluff auszuprobieren und einen Palast kriegen und ein Bankkonto, wie die Morgans und Rockefellers -- Chaskel schläft in der Untergrundbahn ein. Dann träumt er, daß alles das plötzlich zu ihm kommt, daß er, der kleine Jüd und Proletarier, genau so wie die Bonzen in der 5. Avenue ——. Da er ein Jude ist, macht ihn der Reichtum noch besonders toll, so daß er als Fabrikherr den höchsten Judentag, den jüdischen Weltfeiertag, den Jomkippur, abschafft. Dazu noch alle anderen Weltfeiertage, an denen der arme Mann ausruhen durfte, christliche und mohammedanische. Chaskel selbst ist kein Prolet mehr, er ist nur noch Kapitalspotentat. Alle Proleten müssen für ihn schuften, für ihn, den Millionär und Schuft. Er wacht auf, als der Traum gerade allzu meschugge mit ihm herumwirtschaftet. Chaskel, der Knopfmacher, wird wieder ——. Verfluchte Nationalökonomie und Milliardärsmoral! Die schönsten, sogar die dicksten Weiber bleiben bei den Scheckbuchbonzen. Chaskel, schon Elitekn opfmacher mit 40 Dollar in der Woche, wird erst wieder obenauf kommen, wenn Abraham ihn in den Schoß nimmt.

Der Dichter Ossip Dymow gibt die Garantie dafür, daß die Ghettoleute die Leute im Broadwayglast nicht stören. Dymow versucht sich als jiddischer Nestroy, er übersetzt den guten Wiener ins Judendeutsch von 1927. Die Traumbilder Chaskels sind primitiv wirksam und erbaulich für Neger, Jüd und Chinamann, die abends keinen Smoking anziehen, wie die klugen Besucher der Berliner Kammerspiele. Ein Volksstück, das in Amerika jahrelang Kasse machte, versagt in den Kammerspielen. In New York hat der alte Schildkraut den Chaskel geträumt. Das muß herrlich gewesen sein und ein wundervolles Gemauschel des Gefühls. So etwas läßt sich nicht ohne weiteres zu uns übertragen, wenn auch manche Künstler der Kammerspiele das Gemauschel im Tone wundervoll imitieren. Alles, was in dem Stück heimatlich und realistisch ist, die nationale Note, das Interieur mit hebräischer Melodie und rituellen Küchen, das geht zum Herzen. Was nachher dichterisch sein soll und von dem Regisseur Heinz Hilpert mit Theatermaschine letzten Raffinements aufgedonnert wird, versagt vollkommen. Die Bildung ist dem Regisseur im Wege. Ihm fehlt das Urschmierentum. Man ist beleidigt. Dichter, Regisseur und Schauspieler sind schuld daran, allerdings nicht alle.

Kurt Bois, der den Ghettoschieber Jankel spielt, mimt schwadronierend und schleimig und sprenkelt gelegentlich das klassischste Gemauschel in seine Rede. Das gehört sich so. Ilka Grüning behütet mit rührender Mütterlichkeit den koscheren Fisch und die Schabbesleuchter und die Unschuld ihrer Tochter Resele. Mischket, Liebermann, entlarvt mit zehn Worten allen Schmerz und alle Lächerlichkeit des amerikanischen Judenvolkes. Doch die anderen spielen nur Rollen, obwohl sie ernsthaft gedrillt sind. Sie sind solchen Aufgaben, die nur Naturkomödianten jüdischen Stammes vielleicht spielen können, nicht gewachsen. Albert Steinrück bewältigt seinen jüdischen Proletarier nur mit großem Takte. Hier ist aber mehr notwendig, eben die kolossale ins Geniale gesteigerte Urschmierenbegabung. Es wirken zwei Theaterkinder, Peter Wolff und Alexandra Radler, mit, und Hanna Ralph, die das geträumte Monstrum des lüsternen Weiberfleisches zu präsentieren hat. Nichts als gute Dressur, doch schon theatralisch verzerrt. Oskar Karlsweis, ein jüdischer Dichter, und Willi Prager, ein alter Rebbe; sie spielen ihre Episoden auch mit jener Schulung, die für ihre Künstlerschaft, noch nicht für ihre Natur bürgt. Ihr Inneres ist nicht mehr jüdisch genug. Sie sind schon nicht mehr imstande, Nationaltheater zu spielen. Mit Kultur und Technik ist diesem Stücke aber nicht beizukommen, das schlecht und gut zugleich ist. Zu literarisch für die Vorstadt, zu plump für die Kammerspiele.

M. Hochdorf.

Der kluge und der falsche Prophet.

In grauen Jahren — kein Laban lehrte noch, keine Wigman tanzte — kam ein Mann aus dem Westen, nannte sich Jacques-Dalcroze und siedelte sich nieder zu Hellerau im Sachsenland. Und er rief zu sich Jünglinge und Jungfrauen und lehrte sie nach Tönen der Musik ihre Glieder regen. Und veranstaltete in festlicher Halle Tanzaufführungen mit Gesang und Instrumentenklang. Und es gab viele, die da sagten: „Sehet, hier ist eine neue Tanzkunst erstanden, die euch befreit von den Fesseln toter Tradition.“ Andere aber schüttelten das Haupt und sprachen: „Dieses ist mit nichten ein neuer Tanz; es ist Musik in rhythmische Körperbewegung übertragen. Solche Uebungen mögen dazu dienen, des Musikers Gehör und rhythmisches Gefühl zu verfeinern und zu stärken, dem Tanze aber dienen sie nicht.“ Und es ward stille um den Mann aus dem Westen und er entschwand aus unserem Angesicht. ... In diesen Tagen aber ist er wieder unter uns erschienen und hat uns eingeladen, in die Staatliche Hochschule für Musik und zeigte uns etliche seiner Mädelein, wie sie sangen und musizierten und ihre Glieder rhythmisch bewegten. Und er öffnete seinen Mund und sprach also: „Was Sie hier sehen, hat nichts mit dem modernen Kunsttanz zu tun. Es ist lediglich eine neue Methode musikalischer Erziehung.“ Da atmeten alle Weisen auf und freuten sich über die kluge Einsicht des Mannes und segneten ihn und wünschten ihm aufrichtigen Herzens Glück zu seiner Arbeit.

Es begab sich aber, daß zu der selbigen Zeit ein anderer Mann erschien und im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht vor uns trat. Er war ein Abgesandter der Elisabeth Duncan, die eine Tanzschule irgendwo in Oesterreich betreibt. Und der Mann redete gewaltige Worte und gab in Lichtbildern einen Ueberblick über die Entwicklung der Kunstgeschichte aller Völker und aller Zeiten und erzählte von der Rieseuarbeit, die geleistet werde in der Schule seiner Auftraggeberin. Und wir wurden gespannt und erregt und harrten begierig der Dinge, die da kommen sollten. Aber als dann leicht geschürzte Jungfrauen erschienen und zu Klavier- und Harmoniumspiel zu wandeln, zu hüpfen und zu tanzen begannen, siehe, da war es eitel Kitsch und ein Nichtskönnen, daß uns Mitleid erfaßte, und eine fade Süßlichkeit, daß es selbst ernste Männer nach vielen Kognaks verlangte. Und man raunte sich zu: „Wie kommt ein solcher blühender Dilettantismus in die staatlichen Räume?“ Und die, die es wissen wollten, sprachen: „Nur wenige gehen heute noch dieser Elisabeth in die Falle. Ein einflußreicher Geheimrat im preußischen Kultusministerio aber klebt an ihrem Leim und sucht ihr Pfade zu bahnen und Pforten zu öffnen.“ Da entsetzten sich die anderen und dachten in ihrem Herzen: „Sollte es in Wahrheit so sein? Sollte eine Regierung, die für die große und ernste Sache des modernen deutschen Kunsttanzes nicht einen Pfennig übrig hat, diese kläglichen Jämmerlichkeiten unterstützen wollen?“ Und sie beschlossen, ein wachsames Auge zu haben, auf daß nicht Dinge geschehen, die uns vor aller Welt lächerlich machen müßten.

John Schikowski.

Zerstörung des Theaters durch den Regisseur? In dem Zyklus der Lessing-Hochschule „Das Theater“ sprach Gustav Hartung zu dem Thema „Der Regisseur“. Die Ueberwertung und Ueberentwicklung der Regiefunktionen in unseren Tagen charakterisierte Hartung als eine Verfallserscheinung des Theaters. Das gesunde Theater brauchte keine fühlbare Regie. Es hatte das Stück und es hatte die Schauspieler. Heute ist das feste Ensemble, mit dem gerechnet werden kann, mit dem aber auch gerechnet werden muß, höchstens noch in der Provinz vorhanden. Der Regisseur hat also für das jeweilige Stück sich die Schauspieler zusammenzusuchen, die ihm für die Verkörperung seiner Auffassung des Werkes am geeignetsten erscheinen. Denn der prominente Regisseur bildet sich heute seine höchst persönliche Auffassung von jedem Theaterstück. Nur dann ist das große Publikum befriedigt, das die „normale“ Aufführung, wie Hartung sie nannte, höchstens dann erträgt, wenn es sich um ein neues Werk handelt. Selten sind jedoch die Dramen unserer Zeit wirklich bühnenfähig. Sie brauchen Klärung, Aufhellung der Ideenwelt des Dichters durch die Regie. Das Drama einer vergangenen Zeit aber kann nur durch die Regie für unsere Zeit neu und lebendig gemacht werden. Doch glaubt Hartung, der Höhepunkt der Zerstörung des Theaters durch die Regie sei schon überschritten. Trotzdem steht er der Zukunft des Theaters anscheinend ziemlich skeptisch gegenüber. —a.

Die „Bürger-Konzertvereinigung zur Pflege volkstümlicher Orchestermusik“ will, um gute Orchestermusik und allgemeines Kunstverständnis in den republikanischen Volkskreisen zu fördern, in regelmäßigen Abständen monatlich zwei Konzerte in verschiedenen Stadtteilen Groß-Berlins veranstalten. Während der Wintermonate

Siedlung? – Siedlung!

Die Landflucht im Osten hält an.

Im Siedlungsausschuß des Reichstags kam es am Freitag anläßlich der Besprechung der Reisen des Ausschusses in die Siedlungsgebiete Niederschlesiens, Mecklenburgs, Oldenburgs und Westhannovers zu einer Aussprache der Vertreter fast aller Parteien, die eine bemerkenswerte Kritik an der Arbeitsmethode vor allem der Siedlungstätigkeit der preußischen Behörden enthielt. Während die Abgeordneten Westermann (D. Vp.) und Domsch (Dnat.) ein schärferes Tempo in der Schaffung neuer Bauernstellen solange für untunlich erklärten, als nicht vorher die angeblich jetzt allgemein festzustellende Unrentabilität der Landwirtschaft überhaupt behoben sei (lies: noch höhere Zollsätze!), forderten die Genossen Tempel, Dr. David und Jäcker, unterstützt von dem Abg. Nönneburg (Dem.) und in gewissem Umfange von dem Abg. Bornemann-Ettfeldt (Z.), eine wesentlich beschleunigte Tätigkeit in der Schaffung neuer Bauernsiedlungen. Gen. Tempel wies darauf hin, daß die preußische Siedlung zwei Kardinalfehler begehe: sie setze zwar in den Gutsbezirken des Ostens Bauern an, verdränge aber zugleich die Landarbeiter und verfehle somit das Hauptziel der Siedlung, die Bevölkerung in den menschenarmen Gebieten zu verdichten. Weiter berücksichtige sie nur Siedler mit einem Eigenkapital von 8000 bis 10 000 M. und darüber, da sie lediglich größere relativ teure Bauernstellen schaffe. Mecklenburg und Oldenburg vermeiden diese Fehler, indem sie Landarbeiter und Kleinstbauern ansetzen und zudem billiger arbeiten.

Gen. David unterstrich nachdrücklich die Forderung, die angeblich nicht vorhandene Rentabilität der Landwirtschaft zu verbessern durch Rationalisierung der Produktion nach dänischem Muster, also: Steuerreform mit hohen Freigrenzen für den kleinen Besitz und scharfer Erfassung der Latifundien, obligatorischer Fachschulunterricht, Genossenschaftsbildung der Kleinbauern in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften, Wegfall der Futtermittelzölle und Ausschaltung des verteuernden Zwischenhandels. Unsere Nachbarn im Osten siedeln viel schärfer als wir. Gen. Jäcker führte Zahlen an, die die erschreckende Landflucht der Landarbeiter im Osten beweisen, eine Flucht, die in diesem Jahr abnorm groß ist. Der Landarbeiter fordert dreierlei: Anständige Löhne, anständige Wohnung, anständige Behandlung.

Die weiteren Beratungen werden hoffentlich zu Maßnahmen führen, die die Siedlungstätigkeit wirklich fördern und beschleunigen.

Vom Wachtposten erschossen.

Der Posten freigesprochen.

Das Schöffengericht Stettin verhandelte in beschleunigtem Verfahren gegen den 18jährigen Reichswehrsoldaten Salomon aus Altdamm, der am Montag abend auf dem Gelände des ehemaligen Traindepots in Altdamm den Depotarbeiter Schenz, den er für einen Einbrecher hielt, erschossen hat. Die Anklage lautete auf fahrlässige Tötung. Der Posten wurde freigesprochen, weil die Verhandlung ergab, daß er bei Anruf und Waffengebrauch seine Dienstvorschriften erfüllt habe und daß ihn kein Verschulden an dem unglücklichen Ausgang treffe. Der erschossene Arbeiter soll, wie in der Verhandlung dargelegt wurde, schwerhörig gewesen sein. Wird die Freisprechung rechtskräftig, so fehlt den Hinterbliebenen des Erschossenen ein Rechtsanspruch auf Entschädigung durch das Reich. In diesem Fall schiene uns eine Aufgabe für die Hindenburg-Spende vorzuliegen!

Max Hölz betreibt das Wiederaufnahmeverfahren. Max Hölz, der seine Bemühungen um eine Begnadigung aufgegeben hatte, hat vom Zuchthaus Sonnenberg aus seinen Rechtsvertretern neue Vollmacht erteilt, das Wiederaufnahmeverfahren zu betreiben. Der Antrag soll zu Beginn des neuen Jahres, und zwar ohne Rücksicht auf den Fortgang des Prozesses Friebe eingereicht werden.

finden Symphoniekonzerte unter Mitwirkung erster Solisten, Kammermusikabende, Choraufführungen mit Orchester sowie Opern- und Operettenabende statt. Ausübende Orchester sind das Philharmonische und das Berliner Symphonieorchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Artur Molinar und anderer namhafter Dirigenten. Die Gedenktage der Republik (Verfassungstag, Todestag des Reichspräsidenten Ebert, Rathenaus) sollen durch würdige Feiern begangen werden. Nebenher sind diese Konzerte bestimmt, die allgemeine Notlage der Künstler und Musiker zu mildern und junge Talente zu fördern. Ein im größeren Rahmen gedachtes Einführungskonzert als Sonderveranstaltung findet im großen Saal der Philharmonie, am 8. Dezember, 20 Uhr, statt.

Der Opernhausumbau wird, wenn Fälle höherer Gewalt, wie sie während des Baues mehrfach eintraten, von jetzt ab nicht mehr vorkommen, Ostern 1928 fertig sein. Frostschäden sind bei dem jetzigen Stande der Arbeiten kaum mehr zu fürchten. Die Vorbereitungen für die „Meistersinger"-Vorstellung, mit der das Opernhaus eröffnet werden soll, haben bereits begonnen. Das Werk wird von Operndirektor Hörth einstudiert und von Kleiber musikalisch geleitet werden. Anschließend wird Hörth Richard Wagners „Ring" neu einstudieren, wobei Emil Pirchan das Bühnenbild entwerfen wird.

Erstaufführungen der Woche. Dienstag Th. am Kurfürstendamm: „Ebbri". — **Mittwoch** Schloßparktheater Steglitz: „In der Johannisnacht". Th. in der Klosterstraße: „Kameraden". — **Freitag** Th. in der Königgrätzer Straße: „Schloß Wetterstein". — **Sonnabend** Oper am Platz der Republik: „Luise Miller".

Vortrag Heinrich Manns in der Sorbonne. Heinrich Mann hat in der Pariser Sorbonne einen Vortrag über die geistige Verwirklichung von Locarno in Frankreich und in Deutschland gehalten, den Prof. Henry Lichtenberger mit einer Begrüßungsansprache einleitete, in der er betonte, Locarno müsse von den Intellektuellen ratifiziert werden. Heinrich Mann wiederholte, wie er selbst erklärte, im wesentlichen die Ausführungen, die er vor einigen Wochen in Berlin im ehemaligen Herrenhause vor deutschem Publikum gemacht hat.

Eine Gerhart-Hauptmann-Feier veranstaltet der Verlag „Der Ueberblick" als zweite Matinee dieser Spielzeit am 11. Dezember, 11½ Uhr. Die Veranstaltung findet zugunsten der Gerhart-Hauptmann-Stiftung statt.

In der Gemäldegalerie des Kaiser-Friedrich-Museums findet gegenwärtig eine Ausstellung von neuerworbenen Bildern der vlämischen und holländischen Schule des 16. und 17. Jahrhunderts statt. U. a. ist die neuerworbene Landschaft von Peter Paul Rubens ausgestellt.

Die Dezember-Ausstellung des Sturm, Potsdamer Straße 134a, zeigt neue Kompositionen und Zeichnungen von Hugo Scheiber-Budapest. Damit verbunden ist eine Weihnachtsausstellung expressionistischer Bilder, die sich besonders für Geschenkzwecke eignen.

Die Galerie Goldschmidt-Walter, Schöneberger Ufer 36a, zeigt im Dezember eine Berliner Privatsammlung moderner Kunst, bevor diese endgültig aufgelöst wird. Die Sammlung enthält Gemälde von Beckmann, Dix, Feininger, Pechstein, Schmidt-Rottluff u. a. m., sowie Plastiken von Barlach, Gerhe, Herzog, Roeder, Milly Steger, Scheurich u. a. m.

Die Notspende für deutsche Kunst hat soeben eine neue Lithographie von Käthe Kollwitz herausgegeben, deren Erlös für die notleidende Künstlerschaft bestimmt ist. Das Blatt ist durch die Notspende (Bureau der Preußischen Akademie der Künste, Pariser Platz 4) erhältlich. Der Preis des Blattes beträgt 10 M.

Rundfunk, die Sache des Volkes.

Die Erfindung des Radio ist eine der revolutionärsten Erscheinungen der menschlichen Gesellschaft. Seine Entwicklungsmöglichkeit ist gegenwärtig unabsehbar. Schon heute muß aber der Rundfunk als eines der größten Massenbeeinflussungsmittel gelten. Diese Möglichkeit wurde von der Arbeiterschaft nicht rechtzeitig genug erkannt. So war es möglich, Sendeaktiengesellschaften zu gründen, deren Kapitalien sich jedoch zu 49 Proz. in Privathänden befinden, ohne daß die Oeffentlichkeit von der Verteilung dieser Aktien unterrichtet worden wäre. Auf der anderen Seite aber wird die Zahl der Rundfunkteilnehmer, von denen 80 Prozent Arbeiterhörer sind, in den Wintermonaten auf 2 Millionen steigen. Diese müssen das Rundfunkmonopol finanzieren.

Die „Neutralität".

Die Rundfunkbehörden sind zum großen Teil reaktionär eingestellt, dabei muß aber bemerkt werden, daß einige Sendedirektoren den Forderungen der Arbeiterschaft Zugeständnisse machten, wenn ihre Umgebung und vor allem die sonst durchaus entgegenkommende Reichs-Rundfunkgesellschaft nicht bestimmten reichsministeriellen Einflüssen ausgesetzt wäre, die eine Lösung der Programmfragen unmöglich macht. Zweifeln diese behördlich eingesetzten Programmarbeiter an der „Neutralität" der Forderungen — und sie zweifeln recht oft —, dann werden letztere an die politischen Ueberwachungsausschüsse, die Verstecke der Sendebehörden, abgeschoben. Den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, die in den Ausschüssen mitarbeiten, wird sehr oft mangelndes Verständnis und Tatenlosigkeit vorgeworfen. Der Arbeiterschaft muß endlich klargemacht werden, daß sich die Mitglieder der Ausschüsse aus zwei bürgerlichen Vertretern und einem unserer Vertreter zusammensetzen, der in allen Fällen überstimmt werden kann. Der Kampf hat sich vor allem gegen die „politische Neutralität" der Sendebehörde zu richten. Politisch neutral wird der Rundfunk erst dann, wenn er allen Parteien zur Verfügung steht. Der politische Abend, oder wie man die Stunden sonst nennen will, muß gefordert werden. In sachlich scharfen und klaren Auseinandersetzungen, in regelmäßiger Reihenfolge und unter gleichen zensuralen Bedingungen für den Vortrag und seinen Sprecher wird der Rundfunk dabei niemals die auch hier so notwendige Bindung zur Toleranz verlieren, da das eigentliche Werturteil, das letzte Urteil dem Zuhörer überlassen bleibt. Ueber die Arbeits- und Erwerbswelt hinaus muß das Leben des Arbeiters kulturell erregt und bereichert werden. Hier entsteht die Frage, inwieweit der Rundfunk über die bloße Unterhaltung hinaus auch wirkliche Bildung vermitteln kann. Unter der Voraussetzung, daß der Rundfunk beim Wegfall privater Erwerbsmotive sich nicht wie der Film auf rohestem Unterhaltungsbedürfnis einzustellen hat, ist die Forderung nach wertvoller Unterhaltung durch den Rundfunk durchaus berechtigt.

Rundfunk für alle!

Die Forderung nach einem eigenen Arbeitersender ist abzulehnen. Abgesehen davon, daß die bestehenden Funkgesetze sich ihm hindernd in den Weg stellen, könnte er Gegenforderungen der anderen Seite hervorrufen. Die Bewegwaltigung des Radio durch politische und wirtschaftliche Interessengruppen wäre noch unaufhaltbarer als bisher. Viel wichtiger dagegen ist es für die Arbeiterschaft, durch den Sender zu Wort zu kommen, von dem aus Millionen politisch Indifferenter und bislang anders eingestellter Hörer erfaßt werden können. Die Sender sind Reichseigentum. Die Behandlung der Sendeprogramme ist also eine Frage der politischen Macht. Sie wird in dem Maße gelöst werden, als die Arbeiterklasse Einfluß auf den Staat gewinnt. Die vorherrschende Reaktion im Rundfunkwesen bekämpft die Arbeiterradiobewegung, die im Arbeiter-Radiobund Deutschlands E. V. zusammengefaßt ist. Dem Bundesvorstand wird anscheinend aus Unkenntnis der Dinge heraus von einem Teil der Arbeiterschaft mangelnde und erlahmte Initiative hinsichtlich der Programmfragen vorgeworfen. Auf dem Kieler Parteitag wurden die „Richtlinien der Arbeiterschaft zum Rundfunk" nach einem Referat des Genossen Crispien einstimmig angenommen. Sie sind für den Bundesvorstand, dem sie vorher unterbreitet wurden, so maßgeblich, daß seine Arbeit nicht anders eingestellt zu werden braucht. Der Arbeiter-Radiobund befindet sich wie alle anderen sozialistischen Organisationen im Kampfe. Solange er ihn verantwortungsbewußt durchzuführen hat, kann er die Kraft der Bewegung nicht unnötig verbrauchen. Er muß deshalb nur solche Programme aufstellen, die praktische Auswirkung haben, nicht aber solche, die mehr durch die Verantwortungslosigkeit als durch die Dummheit ihrer Fabrikanten schaden. Ein wichtiges Kampfmittel wurde „Der neue Rundfunk", im Untertitel „Arbeiter-Funk" genannt.

*

Der Arbeiter-Radiobund Deutschlands will den Zusammenschluß der am Radiowesen interessierten Arbeiterschaft herbeiführen, um den Rundfunk in enger Zusammenarbeit mit allen anderen Organisationen in den kulturellen Dienst der Arbeiterschaft stellen. Das Verständnis für die Radiotechnik fördert er besonders durch seine auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaute Materialversorgung. Der Bezirksverband Berlin gründete in seiner Werbewoche neue Gruppen. Aus dem Arbeiter-Radiobund soll eine Hörerorganisation werden, die den Einfluß auf die Programmgestaltung erzwingt, und den Rundfunk zu einem tatsächlichen Kulturfaktor heranwachsen zu lassen.

Unsicherheit im nächtlichen Berlin.

Vier Ueberfälle in einer Nacht!

An vier Stellen trieben in der vergangenen Nacht Wegelagerer ihr Unwesen. Gegen 12½ Uhr ging der 35 Jahre alte Kassenbote Louis B. aus der Zorndorfer Straße die Hirtenstraße entlang. Vor dem Hause Nr. 18 fielen ihn plötzlich mehrere junge Strolche an und entrissen ihm die Aktentasche mit 50 M. Der Ueberfallene setzte sich aber zur Wehr und es gelang ihm, die Tasche wieder an sich zu bringen. Als die Räuber sahen, daß sie mit ihm nicht fertig wurden, ergriffen sie die Flucht und liefen durch die Kaiser-Wilhelm-Straße nach dem Alexanderplatz zu davon. Der Haupttäter ist ein großer Mensch, der einen grauen Mantel und eine blaue Seglermütze trug. Die anderen kann B. nicht beschreiben. — Kurz vor Mitternacht wurde in Neukölln ein Maurer R., als er im Begriffe stand, sein Wohnhaus in der Leinestr. 13 aufzuschließen, von vier unbekannten jungen Männern überfallen, die ihn wahrscheinlich in einem Lokal beobachtet hatten und ihm heimlich gefolgt waren. Sie raubten ihm die Brieftasche mit 120 Mark und entkamen, bevor Hilfe zur Stelle war. — Einen Anschlag auf einen Droschkenchauffeur aus der Jahnstraße in Steglitz verübten unbekannte junge Burschen gegen ½1 Uhr in Lichterfelde. Als der Chauffeur mit seinem Wagen um die Ecke der Brahms- und Haydenstraße herumfuhr, warf ihm einer, um ihn zum Halten zu veranlassen, mit einem Stein die Windscheibe ein, während ihm ein zweiter den linken Winker abriß. Der Angefallene hielt aber nicht, gab vielmehr Vollgas und entkam so den Räubern. — Ueber den Arbeiter Max R. fielen vor dem Hause Köslíner Straße 19 unversehens sechs Burschen her. Sie drängten ihn in den Torweg, versetzten ihm, als er um Hilfe rief, Schläge und Fußtritte, warfen ihn zu Boden, zogen ihm den Mantel aus und raubten ihm auch die Brieftasche mit seinen Papieren und 45 M. Als sich R. trotz der Mißhandlungen gleich wieder aufraffte, ergriffen die Räuber die Flucht und liefen, wie er noch sah, in ein anderes Haus hinein. Weil hier mehrere Zigeuner wohnen, die vielleicht für den Ueberfall in Betracht kommen, so suchten Beamte des 41. Reviers das Grundstück, soweit es in der Nacht möglich war, ab. Sie trafen auf dem Hofe auch einen Zigeuner und stellten ihn fest. Die Kriminalpolizei forscht im Laufe des heutigen Tages weiter nach, ob die in dem Hause wohnenden Zigeuner wirklich die Räuber sind. Mitteilungen zur Aufklärung der Ueberfälle an das Raubdezernat im Polizeipräsidium.

Liebestragödie in Neukölln.

Den Abschluß einer unglücklichen Liebe bildete eine Tragödie, die heute früh in der Hobrechtstraße in Neukölln entdeckt wurde. Gegen 8 Uhr wurde dort die 37jährige Frau Marie Tischer und deren 24jähriger Geliebter Erich Schulz aus der Reuterstraße in der Wohnung der Frau bewußtlos aufgefunden. Das Zimmer war mit Gas angefüllt, die Feuerwehr nahm Wiederbelebungsversuche mit Sauerstoffgeräten vor, die jedoch ohne Erfolg blieben. Nach den kriminalpolizeilichen Ermittlungen ist das Liebespaar im gegenseitigen Einverständnis aus dem Leben geschieden. Wie aus hinterlassenen Briefen hervorging, hegten die Lebensmüden seit längerer Zeit den Plan, freiwillig den Tod zu suchen. Schulz hatte seiner Mutter gegenüber wiederholt Selbstmordgedanken geäußert, die aber niemals ernst genommen wurden.

Kanarien-Ausstellung.

Der Berliner Kanarienzüchterverein „Edelroller" hält in den Sälen des „Krokodils", Turmstr. 7/8, seine 17. große Kanarien-Ausstellung ab. Die große goldene Medaille erhielt der Züchter Byck für eine Kollektion grüner Hohlroller. Ihm wurde auch ein Ehrenpreis der Landwirtschaftskammer Brandenburg zuerkannt, die ein eigenartiges Interesse an der Aufzucht von Kanarienvögeln hat, durch sie wird nämlich der Konsum an Rüböl gehoben. Die kleine goldene Medaille und einen Ehrenpreis der Stadt Berlin bekam der Züchter Ließ. Die silbernen Medaillen fielen an die Züchter Wolff und Rabs. Die Ausstellung bietet, was die Farbe anbelangt, insofern Sehenswürdigkeiten, weil sie mit weißen, isabellfarbenen und gelben rotäugigen Kanarienvögeln aufwarten kann. Recht farbenfroh hingegen wird das Bild durch die großen Ausstellungen der vereinigten Moabiter Vogelhändler, die sowohl einheimische Waldvögel wie Exoten zur Schau stellen. Diese Tiere sind ein glänzender Beweis für verständnisvolle Tierhaltung. Alles in allem werden die Vogelfreunde viele Anregungen erhalten und sie werden auch ihre Freude daran haben, wenn sie sehen, was ein zielbewußter Verein von sich aus schaffen kann.

Doppelmörder Krause.

Er war immer betrunken!

Die Vernehmungen des Doppelmörders Krause sind nunmehr abgeschlossen. Aus seinem Vorleben wurde noch festgestellt, daß er seit seiner Rückkehr aus dem Felde nur wenig gearbeitet hat. Auch sein Schwager, mit dem er eine Zeitlang gemeinsam tätig war, konnte nichts mit ihm anfangen. Er fand ihn vielmehr wiederholt betrunken auf der Straße liegen. Von seiner Mutter erhielt Krause von Zeit zu Zeit kleine Unterstützungen, die er aber stets auch in Schnaps anlegte. Im Rausch war er wie ein Tier und der Rauschzustand war für ihn fast normal. Er konnte vom Schnaps nicht lassen, und es war ihm gleichgültig, auf welchem Wege er sich das Geld verschaffte. Die beiden Morde will er, wie er immer noch behauptet, ohne volles Bewußtsein, ebenfalls im Rauschzustande verübt haben. In der Schlesischen Straße lief er, nachdem er Frau Rackow durch Beilhiebe verletzt hatte, obwohl die Frau auf den Hof hinauseilte und um Hilfe rief, noch in das Zimmer hinein, fiel in seiner Wut über den vollständig gelähmten und hilflosen alten Mann her und versetzte ihm blindlings so schwere Hiebe, daß er bald darauf starb. Voraussichtlich werden sich noch die medizinischen Sachverständigen mit dem Doppelmörder zu beschäftigen haben.

Die silbernen Löffel des Amtsrates.

Gegen den Amtsrat Heinrich Lühne vom Rechnungshof in Potsdam, der seinerzeit auf einer Auktion etwa ein Dutzend Löffel verschwinden ließ, ist das Hauptverfahren eröffnet und die Anklage wegen Diebstahls in einem Falle erhoben worden. Die Verhandlung wird im Januar stattfinden.

Schmelings Punktsieg über Daniels.

Der Europameister im Halbschwergewicht, Max Schmeling, hatte gestern abend keine leichte Arbeit mit dem englischen Exmeister Gipsy Daniels. Der Engländer gilt als einer der härtesten Boxer, den man nur vor Schmelings außerordentlich starken Rechten warnte. Tatsächlich konnte Schmeling auch bereits in der zweiten Runde mehrere Male rechts anbringen. Daniels war sichtlich verblüfft, hielt sich aber vorzüglich und landete selbst, jedoch ohne rechte Wirkung, da die Schläge zu lang angesetzt waren. Die Treffer sind im allgemeinen gut verteilt, Schmeling revanchiert sich, indem er Daniels Gesicht und Mund sehr ausgiebig massiert. Einige Male „schwimmt" der Engländer, Schmeling, offenbar durch das geschlossene Auge gehindert, fuchtelt mit der Linken an Daniels Nase herum, setzt aber rechts nicht entscheidend nach — verpaßte Gelegenheiten. In der achten und neunten Runde führt Schmeling gut, der Gong ist immer für Daniels. Die letzte Runde läßt den starken Daniels einige Punkte aufholen, Schmeling hat sich müde geschlagen und schließlich feiert das Publikum Schmeling als Punktsieger. Schmeling sollte sich ernstlich mit der Verbesserung seiner Technik befassen; mit der „tödlichen Rechten" allein ist es nicht getan.

Seifried und Klausch lieferten einen hartnäckig geführten Ausscheidungskampf um die deutsche Mittelgewichtsmeisterschaft. Ein Kampf, der den Boxern in den einzelnen Runden wechselnde Punktvorteile brachte. Die letzte Runde hochdramatisch: Klausch ist ziemlich fertig, Seifried verrenkte sich sein schon bandagiertes Bein nochmals, hält aber hinkend die Runde und erreicht noch ein Unentschieden. An Stelle des verletzten Paul Czirson trat ein neuer Stern, der Dresdener Richter gegen den ringalten Engländer Spears an. Richters Draufgängertum paßt dem Engländer gar nicht in die Taktik. Er hat zuviel mit der Kleinabwehr zu tun und kann sich Richter nicht vom Leibe halten, zumal der alles einsteckt. Einige Male ist Spears stark am kentern, nur seine fabelhafte Wendigkeit rettet ihn vor Richters Treffern. Ergebnis: Unentschieden, das Publikum wollte gern Richter als Sieger haben. Lepesant gab Domgörgen viel Arbeit. Die Summe der haarscharfen, schnellen Treffer auf Lepesants Gesicht hätte manch anderen Kämpfer zur Strecke gebracht. Aber Lepesant steckte alles ein und gab oft genug noch gut heraus. Domgörgen erwies sich auch gestern wieder als Punktmacher und hatte die Freude, aber nicht den Beifall des Sieges. Den bekam zum guten Teil der Franzose. Paul Noack konnte im Schlußkampf den Franzosen Fabrègues, der im Verlauf der zehn Runden mehrmals zu Boden mußte, doch nach Punkten abfertigen.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Der Eisenbahnerstreik im Saargebiet.

Neue Verhandlungen in Sicht.

Saarbrücken, 3. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Streik der Werkstätten- und Betriebsarbeiter der Eisenbahn des Saargebiets dauert unvermindert an. Gegenwärtig streiken insgesamt etwa 3500 Mann.

Die Ursache des Konflikts ist die Lohnreduzierung von 34 Centimes, die seinerzeit sowohl in der gesamten Privatindustrie wie auch bei der Eisenbahn an den Löhnen vorgenommen wurde. Diese Lohnreduzierung ist inzwischen in der Privatindustrie durch eine entsprechende Erhöhung der Akkordsätze wieder ausgeglichen worden. Die Eisenbahnverwaltung weigert sich jedoch, mehr als 16 Centimes zu geben, d. h. also noch nicht die Hälfte der Lohnverminderung.

Infolge des Streiks sind bereits Stockungen im Güterverkehr eingetreten. Wie wir erfahren, sind Besprechungen im Gange, um neue Verhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Bezirksleitung des Einheitsverbandes vorzubereiten. Die Aussichten auf Beilegung des Konflikts scheinen sich günstiger zu gestalten.

Weitere Ausdehnung des Streiks.

Saarbrücken, 3. Dezember.

Die Streikaktion im Saargebiet hat sich nunmehr auch auf die Eisenbahnwerkstätten in St. Wendel und Völklingen ausgedehnt, so daß über 5000 Arbeiter sich im Ausstand befinden. Da das Fahrpersonal weiter arbeitet, wird der normale Zugverkehr nicht beeinträchtigt.

Streikbrecherreserve der Kanalreeder.

Auf Kosten der Arbeitslosenversicherung.

Auf der Suche nach „Arbeitswilligen" erlauben sich die westdeutschen Kanalreeder überaus merkwürdige Methoden. So versandte die Westfälische Transport A.-G. dieser Tage folgendes Schreiben an einen Unorganisierten:

„Westfälische Transport A.-G. Dortmund, 18. November 1927.
Unsere Abteilung D. H./Kl.

Herrn ....

....

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 15. d. M. und nahmen davon Kenntnis, daß Sie arbeitswillig sind. Gleichzeitig bemerken Sie uns, daß Sie dem Verkehrsbund nicht angehören und keine Streikunterstützung von diesem erhalten. Deshalb werden wir Sie unterstützen und Ihnen, solange wir von Ihrer Arbeitswilligkeit keinen Gebrauch machen können, den Wochenlohn weiterzahlen, jedoch nach Abzug der Arbeitslosenunterstützung, die Sie auf Grund der anliegenden Bescheinigung beim dortigen Arbeitsamt in Anspruch nehmen wollen; d. h. sie beanspruchen die Ihnen zustehende Arbeitslosenunterstützung und wir leisten einen Zuschuß in Höhe des am Wochenlohn fehlenden Betrages, so daß Sie an Arbeitslosenunterstützung zuzüglich der von uns gewährten Unterstützung zusammen den Betrag Ihres Wochenlohnes erhalten.

Hochachtungsvoll
Westfälische Transport A.-G.
gez.: ppa. Hollinde."

Die Syndizi der Kanalreeder, die gegen die Streikenden so gerne nach Polizei und Staatsanwalt mobilmachen, finden diese überaus merkwürdige Methode zur Beschaffung von Arbeitswilligen unter Mißbrauch der Erwerbslosenunterstützung anscheinend ganz in der Ordnung. Was in dem Schreiben an Unterstützung angeboten wird, ist, genau betrachtet, nichts anderes, als Arbeitsentgelt; denn mir nichts dir nichts und nur der schönen Augen der Arbeitswilligen wegen wirft die Westfälische Transport A.-G. ihr Geld nicht zum Fenster hinaus. Das Arbeitsamt hat die Aufgabe, gestützt auf § 113 Absatz 1 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, gegen diesen Unfug Front zu machen und die Arbeitslosenunterstützung zu verweigern.

Aus der kunstgewerblichen Metallindustrie.

Der Schiedsspruch abgelehnt und der Streik beschlossen.

Für die Arbeiter der kunstgewerblichen Metallindustrie war vom Deutschen Metallarbeiterverband das Lohnabkommen zum 30. November gekündigt und eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde gefordert worden. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit den Unternehmern wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der am 25. November einen Schiedsspruch fällte, welcher genau so aussieht wie der für die Metallgießereien gefällte Schiedsspruch, den wir in unserer gestrigen Morgenausgabe mitgeteilt haben und der von den Metallformern einstimmig abgelehnt worden ist.

Der Schiedsspruch für die kunstgewerbliche Metallindustrie sieht ebenfalls ab 1. Januar eine Erhöhung der Löhne um 3 Pf. und der Akkorde um 3 Prozent sowie eine Laufzeit des neuen Lohnabkommens bis zum 30. Juni 1928 vor. Die in den 42 Betrieben der Berliner kunstgewerblichen Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben diesen Schiedsspruch in einer Urabstimmung einstimmig abgelehnt.

Eine weitere geheime Abstimmung ergab mit Ausnahme von drei Betrieben eine qualifizierte Mehrheit für den Streik. Die Betriebsräte dieser Industrie, die gestern abend zusammengekommen waren, beschlossen einstimmig, am heutigen Sonnabend den einzelnen Unternehmern das Abstimmungsergebnis mitzuteilen mit dem Hinweis, daß in der nächsten Woche an einem von der Organisation zu bestimmenden Tage die Arbeit niedergelegt wird, wenn die Unternehmer keine andere Regelung als die in dem Schiedsspruch vorgesehene treffen wollen.

Kampfmaßnahmen des Landbundes.

Gegen die Freizügigkeit der Landarbeiter.

Der Wille der landwirtschaftlichen Unternehmer, die Freizügigkeit der Landarbeiter mit Gewalt zu unterbinden, führt zu immer kurioseren Handlungen. Der Landbund Teltow und Berlin veröffentlicht in Nr. 44 seines Mitteilungsblattes eine Erklärung folgenden Wortlauts:

„Es wird mit Recht in letzter Zeit vielfach Klage geführt, daß uns die Industrie Arbeitskräfte entzieht. Abhilfe kann von uns nur da versucht werden, wo uns genaue Angaben gemacht werden.

Zum Beispiel: August Müller, von Hause aus in der Landwirtschaft aufgewachsen und bisher als landwirtschaftlicher Arbeiter tätig, ist von mir am 1. Oktober 1927 als Kutscher eingestellt; am 15. Oktober verließ er die Stellung unter Kontraktbruch und wurde durch den Arbeitsnachweis in der Langen Straße an die Firma Robert Starke, Metallwarenfabrik, Berlin-Neukölln, Hermannstraße 15, vermittelt.

In jedem solchen Fall werden wir an die Werksleitung herantreten, daß sie den Betreffenden wieder in die Landwirtschaft entläßt. Ebenso werden wir jeden solchen Einzelfall dem Landesarbeitsamt melden, um die Notlage, in der wir uns befinden, deutlich zu machen."

Bisher hatte man sich lediglich darauf beschränkt, den kontraktbrüchig gewordenen Landarbeiter bei der Gewinnung einer neuen Arbeitsstelle in der Landwirtschaft Schwierigkeiten zu machen. Jetzt will man ihm auch den Weg zur Industrie abschneiden.

Noch mehr! Nach dem letzten Satz der Erklärung zu urteilen, trägt sich der Landbund Teltow und Berlin sogar mit der Absicht, die amtlichen Arbeitsvermittlungsstellen gegen die Landarbeiter aufzuhetzen und sie für seine Bestrebungen zu mißbrauchen. Sollte den Landbündlern ihr Plan in demselben Maße gelingen wie ihre bisherigen Pläne, wäre auch das letzte Pünktchen Freizügigkeit vernichtet. Dann würde es für den Landarbeiter nur noch zwei Möglichkeiten geben: entweder die hundsmiserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ertragen und dabei allmählich ein Opfer der Verzweiflung zu werden oder aber das landwirtschaftliche Arbeitsverhältnis aufzugeben und der dauernden Arbeitslosigkeit ausgesetzt zu sein.

Es wird höchste Zeit, daß der ununterbrochene Vorstoß des Landbundes und der landwirtschaftlichen Unternehmer gegen den § 111 der Reichsverfassung im Reichstag zur Sprache gebracht wird und entsprechende Abwehrbeschlüsse gefaßt werden.

SPD. - Metallarbeiter!
Besucht die
Wahlkörper - Versammlungen!

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Der AfA-Bund bleibt an der Spitze.

Dem Reichswahlausschuß der freien Angestelltenverbände liegen über die Wahlen zur Angestelltenversicherung die Ergebnisse aus weiteren 53 Wahlkreisen vor. Nach dem bisherigen Gesamtstimmenergebnis haben erhalten: Allgemeiner Freier Angestelltenbund 214 549 Stimmen, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 207 178, Gewerkschaftsbund der Angestellten 182 237, sonstige Hauptausschußverbände 50 348, 17 Frauenberufsverbände 70 779.

Tarifkämpfe in der Textilindustrie.

In der Textilindustrie Badens hatten bis Freitag mehrere Betriebe mit insgesamt 5000 Arbeitern die Kündigung eingereicht. Der Schlichter hat die Parteien auf Dienstag zu Verhandlungen nach Karlsruhe geladen.

Die in Westthüringen von den Textilunternehmern beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches ist vom Reichsarbeitsministerium und den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Der Streik geht weiter. Die Gesamtaussperrung tritt heute in Kraft.

Für die sächsisch-thüringischen Webereien ist der Manteltarifvertrag vom Textilarbeiterverband auf Ende Dezember gekündigt worden. Eine stark besuchte Konferenz, die in Gera stattfand, hat einen neuen Entwurf beschlossen und dem Arbeitgeberverband eingereicht. Er enthält die Bestimmung, daß die Akkordregelung aus dem Manteltarif in den Lohntarif übernommen wird. Die Akkordzuschläge sollen von 15 auf 40 Proz. erhöht werden. Die Ferienregelung soll eine Aenderung dahin erfahren, daß die bisher üblichen sechs Tage Ferien bestehen bleiben, aber neun Tage bezahlt werden.

Tagung der Behördenangestellten.

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet am Sonntag, dem 11. Dezember 1927, in seinem Erholungsheim Bad Finkenmühle in Thüringen eine Reichskonferenz der Angestellten bei Reichs- und Staatsverwaltungen.

Diese Tagung ist für alle Behördenangestellten des Reichs und der Länder von außerordentlichem Interesse. Es werden nicht nur wichtige Gegenwartsfragen, sondern auch Angelegenheiten, die für die geplante Verwaltungsreform u. a. Erörterung finden. Die Tagung wird sich mit wichtigen Fragen aus dem Anstellungsverhältnis sowohl als auch mit der Uebertragung der neuen Besoldungsregelung des Reichs und der Länder auf die Angestelltentarifverträge beschäftigen. Auch die Frage der Ueberführung von Tarifangestellten ins Beamtenverhältnis sowie die Tätigkeit der Hauptbetriebsräte in den Verwaltungen des Reichs und der Länder sollen behandelt werden. Die Tagung wird sich außerdem mit der sehr wichtigen Frage der Sicherung und des Ausbaues der Existenz der Behördenangestellten, insonderheit mit der Schaffung der Versorgungsanstalt für alle Angestellten des Reichs und der Länder beschäftigen.

Anonyme Verleumdung.

Verhör in der Aschinger-Zentrale.

Bei der Firma Aschinger ging ein anonymer Brief ein, der einen seit zwölf Jahren im Betriebe der Firma beschäftigten Kellner beschuldigt, er habe Durchstechereien betrieben mit einer Angestellten, die in der Küche Speisen gegen die von den Kellnern abgelieferten Bons zu verabfolgen hatte. Diese Angestellte soll dem Kellner Speisen ohne Bon gegeben und der Kellner soll ihr als Gegenleistung unbezahlte Getränke zugestellt haben.

Das anonyme Schreiben fand nicht, wie man es hätte erwarten sollen, ein unrühmliches Begräbnis im Papierkorb, sondern die Beschuldigten wurden in das Zentralbureau der Firma beordert, wo man ein Verhör mit ihnen vornahm. Der Kellner bezeichnete die Angaben des anonymen Briefschreibers als haltlose Verleumdung. Die Angestellte aber unterzeichnete ein ihr vorgelegtes Protokoll, worin sie sich im Sinne der anonymen Beschuldigungen belastete. Der Kellner und die Angestellte wurden darauf entlassen.

Im Bewußtsein seiner Schuldlosigkeit focht der Kellner im Beistande des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Kaffeehausangestellten seine Entlassung beim Arbeitsgericht als unbillige Härte an. Die entlassene Angestellte wurde als Zeugin vernommen. Ueber das Zustandekommen des sie und den Kläger belastenden Protokolls machte sie folgende Angaben. Sie habe keineswegs zugegeben und bestreite auch jetzt noch, daß sie dem Kläger Speisen ohne Bon verabfolgt und er ihr Getränke gegeben habe. Das Protokoll sei ihr von dem Verfasser desselben, einem Bureauangestellten der Firma, vorgelegt worden, und als sie sich weigerte, zu unterschreiben, habe der Bureauangestellte mit der Kriminalpolizei und mit einer Strafanzeige gedroht. Stundenlang sei sie aus diesem Anlaß im Bureau festgehalten und auf sie eingewirkt worden. Da sie infolge eines früher erlittenen Unfalles schwer nervenleidend sei und von Schwindelanfällen heimgesucht werde, sei sie schließlich in einen Zustand völliger Erschöpfung und Willenlosigkeit geraten. Um endlich aus der peinvollen Situation herauszukommen, habe sie das Protokoll unterschrieben, ohne recht zu wissen, was sie damit tat.

Nachdem die Zeugin diese Aussage beschworen hatte, war die Verurteilung der Firma sicher. Ihr Vertreter ließ es nicht erst dahin kommen, sondern verpflichtete die Firma, den Kläger wieder einzustellen und ihm die Zwischenzeit zu bezahlen.

Es ist schon unerhört, anonyme Anschuldigungen gegen einen Arbeitnehmer, der sich in zwölfjähriger Tätigkeit einwandfrei geführt hat, überhaupt zu beachten. Aber die Erpressung der Unterschrift von einer offenbar kranken und deshalb nicht voll verantwortlichen Frau ist eine Handlung, die vor den Strafrichter gehört.

Theater der Woche.

Vom 4. bis 10. Dezember.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz: 4., 6., 9., 11., 12. Peer Gynt. 5., 7., 8., 10. Hinkemann. — **Theater am Schiffbauerdamm:** Schieber des Ruhms. — **Thalia-Theater:** Der rote Hahn. — **Oper am Platz der Republik:** 4. Othello. 5. Der Waffenschmied. 6. Der Arzt. 7. Doktor Faust. 8. Fidelio. 9. Bohème. 10. (Deutsche Uraufführung) Luisa Miller. 11. Die Meistersinger. 12. Intermezzo. — **Städtische Oper Charlottenburg:** 4. Margarete. 5. Der Barbier von Sevilla. 6. Der Troubadour. 7. Euryanthe. 8. Ariadne auf Naxos. 9. Tristan und Isolde. 10. Orpheus und Eurydike. 11. Die Walküre. 12. Die Zauberflöte. — **Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:** 4., 6., 8., 10., 11. Der Kaufmann von Venedig. 5. Maß für Maß. 7. Peer Gynt. 9. Die Wupper. 12. Musik. — **Schiller-Theater Charlottenburg:** 4., 6., 8., 11., 12. Weh' dem, der lügt. 5. Herodes und Mariamne. 7. Wallensteins Tod. 9. Die Geschwister. Der zerbrochene Krug. 10. Peer Gynt. — **Deutsches Theater:** Dorothea Angermann. — **Kammerspiele:** Bronx-Expreß. — **Die Komödie:** Die Ehe von Welt. — **Theater am Nollendorfplatz:** Rasputin. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Gustav III. Ab 8. Schloß Wetterstein. — **Komödienhaus:** Hokuspokus. — **Großes Schauspielhaus:** Der Mikado. — **Theater des Westens:** Frasquita. — **Komische Oper:** Alles Nackt! — **Deutsches Künstler-Theater:** Chicago. — **Lustspielhaus:** Jaza. — **Lessing-Theater:** Schinderhannes. — **Theater am Kurfürstendamm:** Chéri. — **Trianon-Theater:** Gretchen. — **Residenz-Theater:** Schön seh'n wir aus. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Weibsteufel. — **Metropol-Theater:** Paganini. — **Berliner Theater:** „Knock out." — **Neues Theater am Zoo:** Die Fotofratte. — **Die Tribüne:** Spiel im Schloß. — **Renaissance-Theater:** Das Fossil. 4., mittags 12 Uhr, Tanzmatinee: Tatjana Barbakoff. — **Wallner-Theater:** Wie Du küßt keine! — **Rose-Theater:** Einer von unsere Leut'! — **Kasino-Theater:** Klein-Kleckersdorf. — **Theater in der Klosterstraße:** 4. Kleine Sklavin. 5., 11. Liebe. 6. Johannisfeuer. 7., 8., 10. Kameraden. 9. Weibsteufel. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 4. bis 6. Ein Walzertraum. 7. bis 11. In der Johannisnacht. — **Theater in der Lützowstraße:** Hübsches Mädchen zu verschenken. — **Theater im Admiralspalast:** „Wann und wo." — **Wintergarten:** Varieté. — **Scala:** Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** Elite-Sänger.

Nachmittagsveranstaltungen. Volksbühne. Theater am Bülowplatz: 4. Kabale und Liebe. — **Thalia-Theater:** 4., 11. Der mutige Seefahrer. — **Oper am Platz der Republik:** 4. Madame Butterfly. — **Städtische Oper Charlottenburg:** 4., 8. Die Prinzessin. Der Nußknacker. — **Schauspielhaus am Gendarmenmarkt:** 11., 12 Uhr: Ballettmittagsveranstaltung. — **Schiller-Theater Charlottenburg:** 4., 11. Weh' dem, der lügt. 7. Wallensteins Tod. — **Großes Schauspielhaus:** 4., 7., 10., 11. Kaplan Funk. — **Komische Oper:** 4., 11. Alles Nackt! — **Theater am Kurfürstendamm:** 4., 7., 11., 12. Hans im Glück. — **Trianon-Theater:** 4. Max und Moritz. — **Residenz-Theater:** 4., 11. Dornröschen. — **Renaissance-Theater:** 4. Tänze: Ruth Parnas. — **Walhalla-Theater:** 4., 11. Max und Moritz. 7. Rumpelstilzchen. — **Rose-Theater:** 10., 11. Goldhärchens Himmelfahrt. — **Theater in der Klosterstraße:** 4., 7., 10., 11. Hänsel und Gretel. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 4., 7., 10., 11. Struwwelpeter. — **Theater im Admiralspalast:** 4., 11. „Wann und wo." 7., 10. Märchenrevue: Aschenbrödel. — **Scala:** 4., 10., 11. Internationales Varieté. — **Reichshallen-Theater:** 4., 11. Stettiner Sänger. — **Theater am Kottbusser Tor:** 4., 11. Elite-Sänger.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Die Firma B. Mannheimer gibt von heute ab im Rahmen ihres Totalausverkaufs allen Käufern Gelegenheit, außer in der Oberwallstraße, auch in der **Leipziger Straße 119—120** ihre Qualitätswaren zu unglaublich billigen Räumungspreisen einzukaufen.

Verantwortlich für Politik: **Dr. Curt Geyer**; Wirtschaft: **G. Klingelhöfer**; Gewerkschaftsbewegung: **Fr. Sikorn**; Feuilleton: **R. H. Döscher**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Paul Singer u. Co.** Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bamag-Meguin Aktiengesellschaft, Berlin

Die Aktionäre der Gesellschaft werden hiermit zu der am **Donnerstag, dem 22. Dezember 1927, mittags 12 Uhr, zu Berlin** im **Sitzungssaal der Berliner Handels-Gesellschaft,** Behrenstr. 32, Eingang B, 2 Treppen, stattfindenden **ordentlichen Generalversammlung** eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes, der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1926/27 sowie Beschlußfassung über diese Vorlagen.
2. Bericht über die Revision des Abschlusses und Beschlußfassung über die Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Beschlußfassung über die Herabsetzung des Stammaktienkapitals von RM 16 000 000.—
   a) durch Einziehung einer Stammaktie von RM 1 000.—, die der Gesellschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird, auf Reichsmark 15 999 000.—,
   b) durch Zusammenlegung der verbleibenden Stammaktien im Verhältnis 3:1 auf RM 5 333 000.—.
5. Beschlußfassung über die Wiedererhöhung des Stammaktienkapitals um RM 6 667 000.— auf RM 12 000 000.— durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stammaktien mit Gewinnberechtigung vom 1. Juli 1928 ab unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechtes der Aktionäre, Festsetzung des Ausgabekurses und der Begebungsbedingungen.
6. Ermächtigung des Vorstandes, die Herabsetzung und Wiedererhöhung des Stammaktienkapitals im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrate durchzuführen.
7. Satzungsänderungen:
   a) Aenderung des § 5 (Grundkapital) entsprechend den Beschlüssen zu 4 und 5 der Tagesordnung.
   b) Aenderung des § 23 Abs. 2 (Hinterlegungsbestimmungen, betreffend der Hinterlegungsscheine der Reichsbank).

Ueber die Punkte 4, 5 und 7a der Tagesordnung wird neben dem Beschlusse der Generalversammlung ein in gesonderter Abstimmung zu fassender Beschluß der Aktionäre jeder Gattung herbeigeführt werden.

Zur Ausübung des Stimmrechts sind gemäß § 23 der Satzung, auf die im übrigen verwiesen wird, nur Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien oder Zwischenscheine oder die über dieselben lautenden Hinterlegungsscheine einer Effekten-Giro-Bank eines deutschen Wertpapierbörsenplatzes bei einer der nachstehenden Hinterlegungsstellen: Einer der **Gesellschaftskassen in Berlin-Moabit, Butzbach, Dessau** und **Köln-Bayenthal,** der **Berliner Handels-Gesellschaft, Berlin,** der **Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien, Berlin,** dem Bankhause **Delbrück, Schickler & Co., Berlin,** der **Deutschen Bank, Berlin,** der **Direction der Disconto-Gesellschaft, Berlin,** der **Dresdner Bank, Berlin,** der **Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Berlin,** der **C. Schlesinger-Trier & Co., Commanditgesellschaft auf Actien, Berlin,** der **Gebr. Röchling, Bank, Saarbrücken** und **Berlin,** dem Bankhause **Lazard Speyer-Ellissen, Frankfurt a. M.,** dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G., Köln,** dem Bankgeschäft **A. Levy, Köln,** dem Bankhause **Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln,** oder einer der **Effekten-Giro-Banken der deutschen Wertpapierbörsenplätze** (nur für Mitglieder der Giro-Effekten-Depots), **spätestens am 17. Dezember 1927 bis zum Ende der Schalterkassenstunden** hinterlegt haben. Die Hinterlegung von Reichsbank-Depotscheinen gibt wegen der veränderten Verwahrungsbedingungen der Reichsbank kein Recht mehr zur Stimmrechtsausübung.

Berlin, den 1. Dezember 1927.

Der Aufsichtsrat der
Bamag-Meguin Aktiengesellschaft.
Jakob Goldschmidt, Vorsitzender.